

Siedlungsentwicklung : unüberwindliche Grenzen zwischen Bund und Stadt (region)?

Autor(en): **Widmer, Bruno**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Collage : Zeitschrift für Raumentwicklung = périodique du développement territorial = periodico di sviluppo territoriale**

Band (Jahr): - **(1996)**

Heft 1

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-957454>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

DIE STADT IST TOT – ES LEBE DIE STADT!

DIE STADTREGIONEN, ZU DENEN SICH DIE STÄDTE HIN ENTWICKELN, WERDEN IN DER SCHWEIZ NICHT ALS REALITÄT AKZEPTIERT. DOCH DIE STADTREGION MUSS ZUM POLITISCHEN THEMA WERDEN – AUCH FÜR DEN BUND. DIE DAFÜR DRINGEND NOTWENDIGE BEZIEHUNG BUND – STADT (-REGION) MUSS ENDLICH AUFGEBAUT WERDEN.

ES IST KLAR, DASS ES FÜR DIESEN PROZESS VON ALLEN BETEILIGTEN DEN WILLEN BRAUCHT, ÜBERKOMMENE UND INSTITUTIONALISIERTE GRENZEN ZU ÜBERSCHREITEN; SEI DIES VON SEITEN DER BEHÖRDEN, PLANER, WIRTSCHAFT UND BEVÖLKERUNG.

Siedlungsentwicklung: unüberwindliche Grenzen zwischen Bund und Stadt (region)?

► Bruno Widmer

Quellen:

- 1 "Externes Urban Management: Politische Handlungsstrategien der Stadt im nationalen und internationalen Kontext", Urban Management, Dokumentation der Fachtagung 27./28.11.1991
- 2 "Zürich Wasserkopf", Wolfgang Hafner, Hochparterre 12/1991
- 3 "Zukunftsaufgaben der Stadtplanung", Hrsg. Prof. Thomas Sieverts, Werner-Verlag, 1990
- 4 "Gedanken zu den Grundzügen der räumlichen Entwicklung der Schweiz", Dr. R. Burkhalter, Aarproject AG, Bern, 23.12.94

► Bruno Widmer, Raumplaner, Zürich

Die Niederlande als Beispiel?

Die Niederlande sind, etwas vereinfacht gesagt, ein demokratisch aufgebauter Staat mit langer Tradition und mit einem Bewusstsein für dezentrale Strukturen. In diesem Sinne also vergleichbar mit der Schweiz. Und doch besteht, anders als bei uns, im Verhältnis zwischen Staat – Stadt eine gewisse Selbstverständlichkeit. Die Städte und Stadtregionen sind in der nationalen Raumordnung (4. Note zur Raumordnung in den Niederlanden) ein Thema und klar im politischen System integriert. Strategisch wichtige Städte, und damit indirekt die jeweilige betroffene Stadtregion, werden vom Staat gefördert, um die Wettbewerbsfähigkeit des Landes insgesamt zu erhalten und zu verbessern. Es wurde also erkannt, dass die Stadtregionen (und die Randstad Holland) mit ihren Infrastrukturen in der wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung der Niederlande eine wichtige Rolle spielen. Dementsprechend wurde ihnen politisch und rechtlich auf nationaler und regionaler Ebene ein hoher Stellenwert eingeräumt.

Stadt und Stadtregion – in der Schweiz die Ungeliebten

Wie steht es mit der Wahrnehmung bei uns in der Schweiz? Wie sind die, auch für dieses Land wichtigen, Stadtregionen in die Politik, das Recht und in die Raumordnung integriert?

Die Antwort lautet: unbekannt, und deshalb ent-

fällt die Beantwortung der zweiten Frage, da ja nichts integriert werden muss.

Wie reagiert das (bundes-) politische System raumordnerisch auf die veränderten, hinlänglich bekannten ökonomischen (Globalisierung der Wirtschaft) und sozialen (Aufsplitterung der Gesellschaft) Randbedingungen, die auch vor den Schweizer Grenzen nicht halt machen?

Die Antwort lautet: Gar nicht oder bestenfalls zaghaft-zaudernd. Die Stadt als Gefäss zur Aufnahme solcher Veränderungen wird wie jede andere Gemeinde behandelt, und dies, obwohl das eine nichts mit dem anderen zu tun hat. Politisch wird peinlich darauf geachtet, dass die Rahmenbedingungen für die Entwicklungsmöglichkeiten flächendeckend vom Prinzip her gleichwertig sind. Für alle Gemeinden. Doch welche Gleichheit ist damit gemeint? Die Stadt (-region) ist keine Gemeinde. Die Realität widerspricht einer solchen Wunschvorstellung. Mit dem überkommenen Gleichheitsprinzip besteht auch keine politisch motivierte Bejahung der Stadt oder Stadtregion als Siedlungskonzentration und letztlich auch nicht zum Prinzip der Verdichtung wenn nicht nach Innen, so doch auf die Siedlungszentren.

Die Rolle der Stadt (-region)

"Die gewichtigen, vor allem moralisch bedeutsamen Probleme werden vorwiegend in den Städten oder in den verstärkten Gebieten anfallen."¹ Die Ausführungen von Maurits Schaafsma be-

stätigen diese These von Prof. M. Lendi für die Niederlande. Und dies wird eben auch für die Schweiz gelten, da die gegenwärtigen Entwicklungen, wie hinlänglich bekannt, keine territorialen Grenzen kennen.

Es werden auch darum weniger die Kern-Städte sein, weil sich die "Renaissance der Städte" nicht in dem Masse verwirklichen lässt, wie es sich vorgestellt wurde. An dieser Tatsache ändert sich auch nichts, wenn sich Stadtbehörden, richtigerweise, vehement für ihre Kern-Stadt einsetzen, Promotions- und Projektierungsgesellschaften zur Finanzierung von Bahnhofprojekten gründen, etc. Denn auch um die "Lokomotive" Bahnhofplanung, für die innerstädtische Entwicklung als unabdingbar betrachtet, ist es erheblich ruhiger geworden, die Euphorie der 80er Jahre ist vorbei. Das Projekt Bahn 2000 als gesamtschweizerisches Rückgrat des Kern-Städtenetzes rollt nicht wie gewünscht (unsichere Finanzierung, "Etappierung"). Und das immense Überangebot an Bauzonen im Mittelland ist eine zerstörerische Konkurrenz für die Kernstädte.

Und die Kernstädte "bluten" noch immer aus, was in der NZZ vom 23.1.1996 bezogen auf die Stadt Fribourg zu lesen war. Und Fribourg ist keine Ausnahme; wir wissen es. Auch Zürich zum Beispiel verliert seit 1962 ständig BewohnerInnen. Daran ändert die Wiederentdeckung der Stadt seit den 70er Jahren nur wenig.

Die Rolle des Bundes

Im Hochparterre 12/1991 wird trocken bemerkt, der Bund sei machtlos. Es gebe ja nicht viel zu Landesplanen. Das stimmt zwar gemessen am Verhalten, aber nicht an seinen ihm zustehenden Möglichkeiten, die er mit den Instrumenten der "Konzepte" und "Sachpläne" eigentlich hätte. Doch hier erscheinen mit dem Föderalismus und dem Prinzip des Bundesstaates politische Hemmnisse, die eine effektive Koordination lähmen. Zu glauben, dass mit dem Instrument des kantonalen Richtplanes diese Koordination erfolgt, entspricht nicht der Realität.

Der Bund, als zunehmend wichtiger werdender Akteur in der räumlichen Entwicklung, steht abseits. Mit diesen Worten stelle ich nicht in erster Linie die Fähigkeit der Städte, sich selbst "aus dem Sumpf" zu ziehen, in Frage. Es geht um die Wahrnehmung einer Verantwortung, der sich der Bund auch in unserem föderalen System endlich annehmen sollte.

Schlussbemerkungen

Die aktive Zusammenarbeit zwischen Bund und Stadtregion ist notwendig. Der Bund muss die Stadt und Stadtregionen mit seinen bestehenden politischen und raumordnerischen Mitteln vermehrt in seine Raumordnung einbeziehen. Dies nicht nur aus prinzipiellen und formellen Gründen, sondern ganz einfach auch aus eigenen Interessen:

Denn die Städte und Stadtregionen werden in Zukunft die (planungs-) politischen und wirtschaftlichen Brennpunkte bilden, die auch auf Bundesebene nicht ignoriert werden können. "(...) Die unzulängliche Einbindung (der Stadt Red.) in das politische System führt zu ihrer Isolierung, sei es im Verhältnis zum Bund (...) und zu anderen Städten diesseits und jenseits der Landesgrenzen."¹ Verglichen mit dem Beispiel Holland grenzt es denn nachgerade an Peinlichkeit, mit welcher Vorsicht, Zurückhaltung, wenn nicht sogar Ablehnung die wichtige Stärkung der Städte innerhalb der Diskussion der Grundzüge der Raumordnung Schweiz zerzaust wird. Der dringend notwendige politische Prozess hin zur Akzeptanz der Städte und Stadtregionen wird gelähmt, währenddem sich in der Realität die bestehenden Ungleichgewichte unkontrolliert verstärken. Die Föderalisten erledigen sich also selber.²

Die Stadt ist tot – es lebe die Stadt! Die Auflösung der (Kern-) Stadt hat schon lange begonnen, und es bedarf jetzt grosser Energie, sich dieser Entwicklung anzunehmen, was auch vom Bund aktiv gefördert werden müsste. Wir dürfen nicht weiterhin mit nostalgischen Gefühlen an Stadtvorstellungen des 19. Jahrhunderts hängen. Sie ist nur noch mittelbar Thema der zeitgenössischen Planung. Natürlich, es gibt sie schon noch, und das ist schön so. Doch die Realität der Zukunft ist eine andere. In Holland hat man begonnen, sich dieser zukünftigen Aufgabe zu stellen. Warum tun wir dies in der Schweiz nicht?



In diesem Sinne sind die Worte von Prof. M. Lendi ["... auch wenn ich es als gegeben erachte, dass vertikale Koordinationsorgane Stadt – Kanton, Stadt – Bund (...) geschaffen werden. (...) Der Sinn dieser vertikalen Organisationen ist das Einbinden der Städte und umgekehrt der Kantone und des Bundes in die akzentuierte Problemdichte der Städte"] als Aufforderung zum Handeln zu verstehen; also die Beziehungen zwischen Bund und Stadt (-region) endlich aufzubauen. ■

La ville est morte – vive la ville.

L'exemple des Pays-Bas montre clairement que le développement du pays dépendra à l'avenir de celui des régions urbaines. Avec la "4ème Note Extra" de l'aménagement du territoire des Pays-Bas, cette prise de conscience a été institutionnalisée à un niveau national. La tendance des villes à se développer en région urbaine est acceptée comme une réalité. En Suisse, une telle compréhension manque encore trop souvent. Pourtant chez nous aussi la région urbaine doit devenir une question politique – et ce jusqu'au niveau fédéral. C'est pourquoi, il devient impérieux de créer enfin des relations entre Confédération et Ville (ou région urbaine). Il est clair qu'un tel processus nécessite de la part de tous les participants, quelle que soit leur provenance – pouvoirs publics, aménagement, milieux économiques ou population – la volonté de dépasser les frontières habituelles et institutionnelles.

657 200 / 293 900

(Aus: *Werk, Bauen und Wohnen* 5/90, H. Helfenstein, Fototexte)